

Föderalismusreform II in der entscheidenden Runde:

Eine „atmende Haushaltspolitik“ wäre ein sozialdemokratischer Zukunftsweg

Die Föderalismusreform II geht in die entscheidende Runde. Ministerpräsident Oettinger aus Baden-Württemberg sowie der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck haben Eckpunkte einer möglichen Einigung sowie einen Fahrplan bis zum Herbst vorgelegt. Für die Linke ist klar, dass die Debatte um Schuldenbremsen und Co. nicht allein aus Sicht der Haushaltspolitik geführt werden darf, sondern ökonomischem Sachverstand zu folgen hat. Die Grundposition zur Föderalismuskommission II hat die SPD-Linke schon im Januar markiert:

Gerade in Zeiten des nahenden Abschwächung des Aufschwungs braucht der Staat die Fähigkeit zur Stabilisierung der Wirtschaft. Die Konsolidierung des Haushaltes ist ein gemeinsam getragenes Ziel, sie darf aber Zukunftsinvestitionen und Konjunkturpolitik nicht verhindern. Die SPD sollte sich bei der Diskussion um Schuldenbremsen nicht von ordnungsliebenden Juristen leiten lassen, sondern von den Maßstäben einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik.

Im jüngst verabschiedeten neuen Grundsatzprogramm bekennt sich die SPD zu einem handlungsfähigen Staat. Das bedeutet, dass der Staat auch in Krisenzeiten die Mittel in der Hand halten muss, die Gesamtwirtschaft wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Automatisierte Schuldenbremsen laufen diesem Ziel zuwider. Sie sind der falsche Weg und wirken wie Konjunkturbremsen. Notwendig sind vielmehr wirksame Instrumente, damit der Staat im Abschwung aufs haushaltspolitische Gaspedal treten kann und in Aufschwungzeiten die Politik zu Einsparungen im Haushalt gezwungen wird. Eine solche „atmende Haushaltspolitik“ wäre ein sozialdemokratischer Zukunftsweg.

*

Dieses Ziel gerät angesichts eines von CDU- und SPD-Seite proklamierten „Einigungszwangs“ zunehmend in Gefahr. Denn eine politische Einigung auf eine Schuldenbremse, die den öffentlichen Haushalten keine Bewegungsspielräume lässt, verschärft den Druck zur Konsolidierung des Haushaltes völlig unabhängig davon, in welcher konjunkturellen Situation das Land sich gerade befindet.

Insofern ist Vorsicht angebracht: Sollte die SPD einer Reform zustimmen, die deutlich schärfere Schuldenbegrenzungen als die von der Bundestagsfraktion beschlossenen 0,75% am BIP (für Bund, Länder und Kommunen) vorsieht, schaufelt sie sich ihr eigenes konjunkturpolitisches Grab.

In den wirtschaftlich schwachen Jahren 2002-2005 betrug die Defizitquote beispielsweise jedes Jahr mehr als 3% am BIP - man mag sich gar nicht vorstellen, welche zusätzlichen Einschnitte im Bundeshaushalt in diesen Jahren bei einer automatischen Schuldenbremse hätten getätigt werden müssen. Aus der Vergangenheit wissen wir: Es ist dann zumeist der Sozialetat, der zuerst dem Rotstift zum Opfer fällt.

*

Fünf „Essentials“ sind für die kommende Debatte wichtig:

1. Konjunkturelle und strukturelle Schuldenbegrenzungen müssen auch künftig eine „atmende Haushaltspolitik“ ermöglichen. Auch in ökonomisch schwachen Zeiten muss der Staat Spielräume für Investitionen haben. Eine Schuldenbegrenzung auf Null oder auch 0,5% am BIP ist nicht der richtige Weg.

2. Eine Schuldenregel ohne Lösung der Altschulden-Problematik ist ausgeschlossen. Ärmeren Ländern muss durch Hilfen ein Weg aus der strukturellen Verschuldung ermöglicht werden. Dies ist insbesondere für Berlin wichtig.

3. Die Bundesländer dürfen keine Steuerautonomie erhalten, denn sonst droht ein innerdeutscher Steuersenkungswettlauf zu Lasten gleichwertiger Lebensverhältnisse.

4. Wir brauchen eine Mindeststeuerquote, damit die Haushaltseinnahmen mittelfristig überschaubar bleiben.

5. Mit der Schaffung einer Bundessteuerverwaltung wird eine Standortpolitik über die Steuerpraxis verhindert.

Haushaltskonsolidierung ist ein wichtiges Prinzip der Politik. Die nachhaltigste Form der Haushaltskonsolidierung besteht allerdings in einer hohen Beschäftigung, hohen Wachstumsraten und damit verbundenen Steuereinnahmen. Dieser Zusammenhang darf nicht vernachlässigt werden. Eine wohl verstandene, wachstumsorientierte Finanz- und Investitionspolitik kann die Basis für ausgeglichene Haushalte legen. Für die Durchsetzung dieses Zieles bedarf es keiner Grundgesetzänderungen, sondern einer verantwortlichen Politik.

Björn Böhning

Berlin, 18. Juli 2008